

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.05.2014
öffentlich

Ort: Stadthaus, Raum 116
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Möbius	Arbeitsagentur Halle - Vertreterin für Frau Hackel
Frau Sylvia Plättner	AWO Regionalverband Halle-Merseburg e. V.
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Roland Hildebrandt	CDU, Vertreter für Herr Schachtschneider
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Frau Helga Schubert	DRK Kreisverband Halle-Saalkreis-Mansfelder Land e. V.
Herr Ernst-Christoph Römer	Evangelische Stadtmission, Vertreter für Frau Masur
Frau Katja Raab	FDP
Frau Stark	Jobcenter Halle (Saale)– Vertreterin für Frau Wiebach
Herr Leonhard Dölle	Jugendwerkstatt Bauhof Halle
Frau Renate Leonhard	Katholisches Propsteipfarramt
Frau Beate Gellert	Kinder- und Jugendhaus e. V.
Herr Kevin Klose	Kinder- und Jugendrat
Herr Dr. Hendrik Kluge	Kirchenkreis Halle-Saalkreis
Frau Christina Greiner	LSchA Referat 21
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Stefan Schulz	SKE
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Frau Anja Pohl	Stadtelternbeirat
Frau Heike Wießner	stimmberechtigtes Mitglied im JHA
Herr Uwe Kramer	Villa Jühling e. V.
Frau Katharina Brederlow	Verwaltung
Herr Mirko Petrick	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Frau Ilona Hackel	Arbeitsagentur Halle (Saale) vertreten durch Frau Möbius
Frau Kerstin Masur	Caritasverband für die Stadt Halle (Saale)und das Dekanat Halle (Saale) e. V. Teilnahme durch Vertreter Herr Römer
Frau Carmen Wiebach	Jobcenter Halle (Saale) vertreten durch Frau Stark
Herr Andreas Schachtschneider	CDU vertreten durch Herrn Hildebrandt
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Susanne Wildner	Verwaltung

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde. Es gab keine Fragen bzw. Erklärungen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde ohne Änderungen angenommen.

. Kinder- und Jugendsprechstunde

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 03.04.2014
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Entwicklung einer Schulfhofkonzeption für die kommunalen Schulen
Vorlage: V/2014/12616
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Quartalsbericht Hilfen zur Erziehung (HzE) und Auswertung Bedarfs- und Entwicklungsplan (BEP) Kita
- 8.2. Information zum Umsetzungsstand „Haus der Jugend“ – Arbeitsbündnis Jugend und Beruf
- 8.3. Stand zur Inklusion in Kindertageseinrichtungen und Grund- sowie Förderschulen
- 8.4. Bericht Familienhebammen
Vorlage: V/2013/12325
- 8.5. Bericht des Unterausschusses Jugendhilfeplanung über seine Arbeit in der Wahlperiode 2009 - 2014
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Themenspeicher
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 03.04.2014

Die Niederschrift von 03.04.2014 wurde ohne Änderungen bei einer Enthaltung genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es waren im April keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst worden.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.1 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Entwicklung einer Schulhofkonzeption für die kommunalen Schulen** **Vorlage: V/2014/12616**

Frau Brederlow, Stadt Halle (Saale), Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung, erläuterte den Verfahrensweg aus Sicht der Verwaltung und verwies auch auf die Behandlung im Bildungsausschuss. Die Priorität liegt seitens der Stadt Halle (Saale) derzeit beim Brandschutz, weil alle Maßnahmen auch finanziell untersetzt sein müssen. Die Verwaltung stimmt dem Antrag ihrerseits aber in der Gänze zu.

Frau Dr. Brock, Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, ergänzte, dass es ihr wichtig ist, dass der Jugendhilfeausschuss hier ein Signal setzt, indem er diesem Antrag auch zustimmt.

Frau H. Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD-Fraktion, merkte an, dass auf der Beschlussvorlage der Termin November gesetzt werden soll und ließ abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

für die Pausen- und Freistundengestaltung der Schülerinnen und Schüler eine Konzeption für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) zu erstellen und **erste Ergebnisse** dem Stadtrat bis Juni **November** 2014 vorzulegen.

In der Konzeption sollen bestehende Defizite (z.B. bei der Schulhofgestaltung oder bei sonstigen Angeboten für Freistunden) und notwendige Maßnahmen zu deren Beseitigung dargestellt werden. Gleichzeitig sollen Prioritäten für die zeitliche Umsetzung dieser Maßnahmen gesetzt werden. Die Schulleitungen und Schülervvertretungen der Schulen sind bei der Konzepterstellung in geeigneter Weise zu beteiligen.

zu 7 **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 **Mitteilungen**

Herr Böhnke, Stadt Halle (Saale), Dienstleistungszentrum Familie, teilte mit, dass das Kitaportal, als „Elternportal“ eingerichtet werden soll. Es soll ein Informationsportal über Kita-Plätze werden, verbunden mit einem Anmeldeportal. Eine Platzvergabe ist aber damit nicht verbunden. Der Anmeldende erhält eine Nachricht, wie auch der Träger des Kita-Platzes. Die Mitwirkung ist für Träger momentan vollkommen freiwillig. Eine Abfrage von vorhandenen freien Plätzen wird zwar überlegt, ist aber derzeit nicht machbar. Auch die Erfahrungen der Stadt Leipzig haben gezeigt, dass derlei Abfragen höchst kompliziert und auch nicht unbedingt vollständig und damit zuverlässig sind.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, sagte, dass nach ihrer Information Eltern aus den Kitas die Aussage erhalten haben, dass entsprechende Wartezeiten, ggf. bis 2018 vorliegen. Wie verträglich das mit der Aussage von Herrn Böhnke.

Herr Böhnke, Stadt Halle (Saale), Dienstleistungszentrum Familie, erklärte ihr, dass das Dienstleistungszentrum Familie Beratungen gibt und versucht, konkret zu helfen. Dies werde in enger Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Bildung geschehen. Es wird immer eine Einzelfallprüfung sein. Er bat Frau Wolff, ihm die konkreten Fakten mitzuteilen, was sie zusagte.

Frau Pohl, Stadtelternbeirat, erkundigte sich nach dem Datenschutz.

Herr Böhnke, Dienstleistungszentrum Familie, erklärte, dass die eingegebenen Daten verschlüsselt sind und nach der Verschlüsselung lt. Gesetz weiter gegeben werden dürfen.

Aus der Sicht der Verwaltung wird dann auch sichtbar, welche Eltern sich beispielsweise wie viele Male an wie vielen Stellen angemeldet haben. Solche Aussagen sind momentan nicht möglich, es sei denn, die Eltern teilen dies mit.

Frau H. Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD-Fraktion, teilte mit, dass am 12.06.2014 eine Stunde vor Beginn der Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Besichtigung des Dienstleistungszentrums Familie möglich sein wird. Die Führung durch die Einrichtung wird von Frau Kaufmann vorgenommen werden.

Frau Brederlow, Stadt Halle (Saale), Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung, teilte mit, dass heute im Landtag Sachsen-Anhalt ein Gesetzesentwurf eingebracht worden ist. Es handelt sich um den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Familienförderung des Landes Sachsen-Anhalt und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsangebote“ zu den Beratungsstellen.

Der Gesetzesentwurf ist in Session abrufbar.

Frau Brederlow, Stadt Halle (Saale), Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung, informierte zu einer Veranstaltung mit den Freien Trägern zu LQE (Leistungs-Qualitäts-Entgeltvereinbarung). Es war eine wichtige Gesprächsrunde zur gegenseitigen Verständigung. Auch auf Landesebene wird es möglicherweise bald Vereinbarungen geben, jedoch nicht zum 1.1.2015.

Herr Klose, Kinder- und Jugendrat, informierte zu einer Aktion des Kinder- und Jugendrates, zu der auch ein Flyer ausgelegt worden ist.

zu 8.1 Quartalsbericht Hilfen zur Erziehung (HzE) und Auswertung Bedarfs- und Entwicklungsplan (BEP) Kita

Frau Schöps, Fachbereich Bildung, stellte den Bericht mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Frau Gellert, Kinder- und Jugendhaus e.V., erkundigte sich nach den „Wiederkehrern“, ob und wie diese denn statistisch erfasst werden.

Frau Schöps, Fachbereich Bildung, erklärte, dass aus der Fallbehandlung und der Erfassung durch „Jucon“ diese Zahlen abgeleitet werden können.

Frau Heder, Fachbereich Bildung, erläuterte den bisherigen Werdegang und die Überlegungen und Initiativen des Fachbereichs Bildung. Ziel war und ist es, das Kindeswohl zu sichern und dennoch finanziell verantwortungsbewusst zu steuern. Auch die Eltern sollen dabei in ihren Erziehungskompetenzen gestärkt werden.

Frau Plättner, AWO, erkundigte sich nach dem HzE-Bericht (HzE = Hilfe zur Erziehung) aus der Sitzung im April, der der Niederschrift beigefügt werden sollte.

Frau Brederlow, Stadt Halle (Saale), Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung, antwortete, dass dies elektronisch erfolgt ist, per Email. Zudem kann dieser Bericht in Session abgerufen werden.

Frau Plättner, AWO, war damit einverstanden.

Herr Dölle, Jugendwerkstatt Bauhof, erkundigte sich nach dem Bereich „Sonderleistungen“ und fragte, wie viele genehmigt worden sind.

Frau Schöps, Fachbereich Bildung, erklärte ihm, dass eine solche Analyse momentan noch nicht möglich ist und bat um Geduld bei der Beantwortung bis etwa September 2014.

Frau Dr. Brock, Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, erkundigte sich nach den „externen Hilfen“ außerhalb Sachen-Anhalts. Wie hat sich die Nutzung entwickelt?

Frau Schöps, Fachbereich Bildung, erklärte, dass es nicht weniger Nutzungen geworden sind. Sie wird dies beim nächsten Vortrag detaillierter darstellen.

Frau Hesselbach, Fachbereich Bildung, stellte dann die Auswertung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes für das I. Quartal 2014 mittels einer PowerPoint-Präsentation vor.

Frau Dr. Brock, Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, bedankte sich für den Bericht und fragte nach dem Grund der Erhöhungen bei den zeitlichen Aufwendungen.

Frau Hesselbach, Fachbereich Bildung, erklärte, dass z.B. der EB Kita nach dem Inkrafttreten des neuen KiFöG (Kinderförderungsgesetz) sich bemüht hat, ausreichend qualifiziertes Personal bereitzustellen. Bei den freien Trägern ist die Lage vergleichbar, da über die Betriebsgenehmigung der Fachbereich Bildung hier steuern kann.

Hinsichtlich von Ausnahmegenehmigungen erklärte sie, dass diese zum Einen zeitlich begrenzt, zum Anderen auch nur punktuell gegeben werden und sich dabei stets auf die konkreten einzelnen Situationen beziehen.

Die PowerPoint-Präsentationen werden als Anlage in Session abrufbar sein.

zu 8.2 Information zum Umsetzungsstand „Haus der Jugend“ – Arbeitsbündnis Jugend und Beruf

Herr Godenrath, Stadt Halle (Saale), GB IV(Geschäftsbereich IV), trug vor. Er nutzte ein ausgegebenes „Schaubild“ (als Anlage in Session abrufbar).

Herr Dölle, Jugendwerkstatt Bauhof, erkundigte sich, wer mit dem Begriff „wir“ im Bericht gemeint ist.

Herr Godenrath, Stadt Halle (Saale), GB IV erklärte, dass dies das Jobcenter, die Arbeitsagentur und die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sind. Momentan befindet sich das aber alles noch in der Vorbereitungsphase. Es gibt noch viele Abstimmungsfragen, von der Post über die Software bis zu Datenschutzfragen.

Frau U. Haupt, Fraktion Die LINKE, fragte, ob es einen Prozess des gedanklichen bundesweiten Austauschs gibt.

Herr Godenrath, Stadt Halle (Saale), GB IV, sagte, dass es einen solchen schon gibt, aber eben alles momentan diskutiert wird.

zu 8.3 Stand zur Inklusion in Kindertageseinrichtungen und Grund- sowie Förderschulen

Frau Lukas, Fachbereich Bildung trug den Bericht vor und nahm dabei Bezug auf einen den Anwesenden vorgelegten Schriftsatz.

Dieser wird als Anlage in Session abrufbar sein

Frau Gellert, Kinder- und Jugendhaus e.V., erklärte und erinnerte, dass Inklusion sich nicht nur auf Kinder mit Behinderungen bezieht. Diese erweiterte Auffassung sah sie nicht im Bericht wiederspiegelt wird. Inklusion darf also nicht auf barrierefrei oder rollstuhlgerecht usw. betrachtet werden.

Frau Lukas, Fachbereich Bildung erwiderte, dass die Verwaltung dies durchaus auch so sieht, jedoch momentan noch alles in den Anfängen steckt. Im nächsten Jahr können da bessere und differenziertere Aussagen getroffen werden.

Frau Dr. Brock, Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, ergänzte, dass es tatsächlich so ist, dass Inklusion noch eher in den Anfängen steckt. Sie fragte **Frau Brederlow**, ob es durch den Fachbereich Bildung personelle Unterstützungen für die Schulen dazu gibt.

Frau Brederlow, Stadt Halle (Saale), Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung, antwortete, dass es seitens des Landes durchaus Überlegungen zu Unterstützungen gibt. Aber es ist in erster Linie Landessache. Bezogen auf Begleitung nach dem SGB VIII, § 35a, gibt die Stadt Halle (Saale) sehr wohl bereits Unterstützung. Bezogen auf den Zustand der Einrichtung müsse sie aber erklären, dass nicht a priori solche Investitionen getätigt werden können. Bei Bedarfsanmeldung wird man aber seitens des Fachbereichs Bildung prüfen und nach Möglichkeit die Installationen vornehmen. Es wird immer eine Einzelfallprüfung sein, sowohl bei den Kitas als auch bei den Schulen. Dies wird aber für die Stadt Halle (Saale) auch Kostenaspekt sein.

Herr Römer, Caritasverband Halle (Saale), ergänzte, dass Inklusion viele Fortbildungsmaßnahmen erfordere.

Frau Brederlow, Stadt Halle (Saale), Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung, antwortete, dass diese Auffassung richtig ist, aber in erster Linie eine Aufgabe des jeweiligen Trägers ist.

zu 8.4 Bericht Familienhebammen Vorlage: V/2013/12325

Frau Hesselbach, Fachbereich Bildung, stellte den Bericht vor und legte zudem noch ein Blatt mit weiterem Zahlenmaterial vor. Dieses Blatt lag den Anwesenden in Schriftform vor. Es wird zudem als Anlage in Session abrufbar sein.

Frau Dr. Brock, Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, fand den Bericht zu dürftig und wünschte sich weitere und vor allem detailliertere Aussagen, insbesondere zu Fragen der familienunterstützenden Leistungen. Sie regte auch Überlegungen an, wie seitens der Kommune eine Finanzierung nach 2015 realisiert werden kann.

Frau Hesselbach, Fachbereich Bildung, erklärte, dass sich die Stadt Halle (Saale) derzeit an Bundesvorgaben, auch in der Datenerfassung, halten muss. Für weitergehende Erfassungen fehlen momentan noch die personellen Kapazitäten.

Frau Dr. Brock, Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, erkundigte sich nach „Abbruchfällen“ und ob es da zahlenmäßige Erkenntnisse gibt.

Frau Hesselbach, Fachbereich Bildung, erklärte, dass eine belastbare Aussage hierzu in diesem Stadium der Entwicklung des Projektes noch nicht möglich ist.

zu 8.5 Bericht des Unterausschusses Jugendhilfeplanung über seine Arbeit in der Wahlperiode 2009 - 2014

Herr Kramer, Villa Jühling e.V., trug als Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung den Bericht auf der Basis einer PowerPoint-Präsentation vor.

Die PowerPoint-Präsentation wird als Anlage in Session abrufbar sein.

Frau H. Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD-Fraktion, dankte für den Bericht.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, erkundigte sich nach dem Zugang zum Familiengarten in der Schopenhauerstraße 4.

Frau Brederlow, Stadt Halle (Saale), Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung, erklärte, dass der derzeit eingeschränkte Zugang dem Defekt des Schlosses geschuldet ist. Der Fachbereich Bildung wartet auf das Ersatzteil.

zu 10 Themenspeicher

Der Themenspeicher wurde nicht behandelt.

zu 11 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:
Datum: 25.06.14

Tobias Kogge Beigeordneter

Hanna Haupt Ausschussvorsitzende

B. Werner Protokollführer